



ÖFFENTLICHE MEINUNG UND INTERNATIONALE SOLIDARITÄT IN DER CORONA-PANDEMIE

Zentrale Ergebnisse

Um der Corona-Pandemie zu begegnen, ist europäische und weltweite Zusammenarbeit erforderlich. Eine solche Zusammenarbeit umfasst die Unterstützung besonders betroffener Länder innerhalb Europas, aber auch in ärmeren Regionen außerhalb Europas. Doch inwieweit teilt die Bevölkerung Deutschlands angesichts der Krise im eigenen Land und in Anbetracht der absehbar hohen Kosten der Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen eine solch kooperative und solidarische Politik?

Das DEval ist dieser Frage nachgegangen, indem es in der neuesten Erhebungswelle des *COVID-19 Snapshot Monitoring* (COSMO) vom 21. bis 22. April 2020 Fragen zu europäischer und weltweiter Solidarität, entwicklungspolitischen Maßnahmen sowie den zugrundeliegenden Motiven eingebracht hat. Zusätzlich wurde nach Spendenverhalten und Spendenabsicht gefragt.

- Grundsätzlich unterstützen weite Teile der Befragten den Ansatz einer kooperativen und solidarischen Politik gegenüber stärker betroffenen Ländern.
- Finanzieller Unterstützung für andere Staaten innerhalb der EU stehen jedoch vergleichsweise viele Befragte skeptisch gegenüber. Sogenannte Corona-Bonds erhalten wenig Zustimmung.
- International sieht ein Großteil der Befragten sogenannte Entwicklungsländer als am stärksten von der aktuellen Situation bedroht. 44% der Befragten stimmen einer stärkeren finanziellen und technischen Unterstützung für Entwicklungsländer zu. Einen Schuldenerlass halten die Befragten hingegen für weniger sinnvoll.
- Über ein Viertel zeigt sich spendenbereit, um zur Bewältigung der Krise in anderen Ländern beizutragen. 10% der Befragten geben an, bereits eine Spende getätigt zu haben.

- Da die nationale und internationale Covid-19-Situation raschen Veränderungen unterliegt, werden die hier behandelten Fragen in künftigen Wellen der COSMO-Studie erneut abgefragt und vom Team des DEval-Meinungsmonitor aufbereitet.

Die europäische und globale politische Dimension der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie fordert die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union (EU) heraus. Große EU-Staaten wie Italien, Spanien und Frankreich sind bisher stärker von der Ausbreitung des Corona-Virus betroffen als Deutschland. Zudem sind sie finanziell schlechter aufgestellt, den Folgen der Pandemie zu begegnen. Obwohl ein EU-Hilfspaket von ungefähr 500 Milliarden Euro geschnürt wurde, steht die Forderung nach einer gemeinsamen Schuldenaufnahme (sog. „Corona-Bonds“) zur Bewältigung der Pandemie und Abmilderung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgen weiterhin im Raum. Auch stellt sich u.a. die Frage, ob knappes medizinisches Material für Gesundheitssysteme in europäischen Ländern bereitgestellt wird, die durch die Corona-Pandemie an ihre Grenzen kommen.

Außerhalb Europas sind Menschen in Entwicklungsländern besonders durch das Corona-Virus bedroht. Nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) steht beispielsweise Afrika erst am Beginn der Pandemie (WHO, 2020). Schwache Gesundheitssysteme, schlechte hygienische Bedingungen und ein oftmals enges Zusammenleben sind nur einige der Faktoren, die eine besonders schnelle Ausbreitung und daraus resultierende gesundheitliche Auswirkungen wahrscheinlicher machen. Zugleich sind die wirtschaftlichen Folgen der mit der Pandemie einhergehenden weltweiten Rezession in diesen Ländern absehbar stark. So geht die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) vom Verlust von fast 100 Millionen Arbeitsplätzen in Entwicklungsländern aus (ILO, 2020).

Um der Pandemie zu begegnen, sollen diese Länder nun stärker finanziell unterstützt werden und hierfür auch das Instrument des Schuldenerlasses eingesetzt werden. In Deutschland hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) daher am 23. April 2020 ein „Corona-Sofortprogramm“ mit einem Umfang von 1 Milliarde Euro aufgelegt (BMZ, 2020). Auch das Auswärtige Amt hat 300 Millionen Euro humanitäre Hilfe angekündigt (Auswärtiges Amt, 2020). Andere bilaterale Geber und multilaterale Organisationen wie etwa die Weltbank (Weltbank, 2020) haben ebenfalls

damit begonnen, Corona-Programme aufzulegen, um betroffene Entwicklungsländer rasch zu unterstützen. In Anbetracht der absehbar hohen Kosten der Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen nicht nur in Deutschland, sondern auch innerhalb Europas und weltweit stellt sich daher die Frage, inwieweit die deutsche Bevölkerung die Unterstützung anderer Länder in Europa und weltweit teilt. Vor diesem Hintergrund hat DEval relevante Items in die *Covid-19 Snapshot Monitoring (COSMO)*-Befragung eingebracht.

Abbildung 1 Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie in anderen EU-Staaten



Anmerkung: Datenbasis COSMO-Erhebung, Welle 8, 21.-22.4.2020; N = 1.014; eigene Darstellung.

Die COSMO-Befragung wird wöchentlich durchgeführt und umfasst jeweils rund 1.000 Personen, die online befragt werden. Die Stichproben werden jeweils so gezogen, dass sie der Verteilung von Alter, Geschlecht und Bundesland der Bevölkerung entsprechen. Den Teilnehmenden werden verschiedene Fragen zu ihrer aktuellen Lebensrealität, ihrer psychologischen Lage und ihrem Umgang mit der aktuellen Corona-Situation gestellt.

Die Befragung wird federführend von der Universität Erfurt in einem Konsortium gemeinsam mit dem Robert-Koch-Institut, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung u.a. durchgeführt. Das DEval ist Kooperationspartner in diesem Netzwerk für das Themenfeld der internationalen Zusammenarbeit und speist Fragen zu europäischer und weltweiter Solidarität bzw. Entwicklungspolitik in die Befragung ein.

Zusammenarbeit in der EU erwünscht, finanzielle Unterstützung wird kritisch gesehen

Abbildung 1 zeigt, dass die Befragten eine engere Zusammenarbeit Deutschlands mit anderen EU-Staaten befürworten. Der Aussage *Deutschland sollte zur Bewältigung der Corona-Situation enger mit anderen EU-Staaten zusammenarbeiten* stimmen rund zwei Drittel zu, nur 13% stimmen nicht zu (Mittelwert 5,1). Die übrigen 21% positionieren sich in der Skalenmitte.

Konkreten Maßnahmen und insbesondere finanzieller Unterstützung stehen die Befragten jedoch deutlich skeptischer gegenüber. Corona-Bonds sehen sie eher nicht als Teil der Lösung der Corona-Situation. Weniger als ein Drittel stimmen der Aussage *Deutschland sollte zur Bewältigung der Corona-Situation gemeinsam mit anderen EU-Staaten Schulden aufnehmen (sogenannte „Corona-Bonds“)* zu, während rund 45% nicht zustimmen und 25% sich in der Skalenmitte positionieren (Mittelwert 3,5).

Etwas positiver stehen die Befragten der Unterstützung durch medizinisches Material gegenüber. 43% stimmen der Aussage *Deutschland sollte medizinisches Material (z.B. Atemschutzmasken, Beatmungsgeräte) an diejenigen EU-Staaten geben, die am stärksten von der Corona-Situation betroffen sind*, zu (Mittelwert 4,1). Gleichzeitig stimmen 31% der Befragten der Aussage nicht zu; rund 26% positionieren sich in der Mitte der Skala.

Zustimmung für Unterstützung von Entwicklungsländern, jedoch mit Einschränkungen

In der Frage, inwieweit Deutschland Entwicklungsländer finanziell und technisch unterstützen sollte, sind die Befragten geteilter Meinung (0). Einerseits stimmen 44% der Aussage zu, *Deutschland sollte Entwicklungsländer verstärkt mit Geld und Know-How unterstützen, um die Corona-Situation und ihre Folgen zu bewältigen* und befürworten damit größere Unterstützung. Ein Drittel stimmt hingegen nicht zu (Mittelwert 4,1). Auch bei dieser Frage positionieren sich ca. 25% der Befragten in der Skalenmitte.

Andererseits sehen die Befragten einen Schuldenerlass für Entwicklungsländer als weniger geeignete Maßnahme. Rund ein Drittel stimmen der Aussage zu, *Deutschland sollte den ärmsten Ländern aufgrund der Corona-Situation die Rückzahlung von Schulden erlassen*. 43% stimmen dieser Aussage nicht zu und 23% positionieren sich auf der Skalenmitte (Mittelwert 3,7). In der Frage, ob Deutschland die Geflüchteten in Syrien und dessen Nachbarländern stärker unterstützen sollte, sind die Befragten geteilter Meinung. Lediglich 35% stimmen der Aussage, *Deutschland sollte in der Corona-Situation mehr dafür tun, die Lebenssituation der syrischen Flüchtlinge innerhalb Syriens und seiner Nachbarländer zu stabilisieren* zu, 42% stimmen dieser Aussage nicht zu, 24% wählen die Skalenmitte (Mittelwert 3,7).

Hohes Risiko für Entwicklungsländer – globale Herausforderungen brauchen globale Lösungen

50% der Befragten stimmen der Aussage *Entwicklungsländer sind am stärksten von der aktuellen Krise betroffen* zu (Mittelwert 4,6; siehe Abbildung 3). Nur 24% stimmen nicht zu, 25% positionieren sich in der Skalenmitte. Ebenso stimmen über 70% der Aussage *Globale Herausforderungen wie die Corona-Situation erfordern globale Solidarität und Zusammenarbeit* zu, weniger als 10% stimmen nicht zu (Mittelwert 5,5). 18% platzieren sich auf der Skalenmitte.

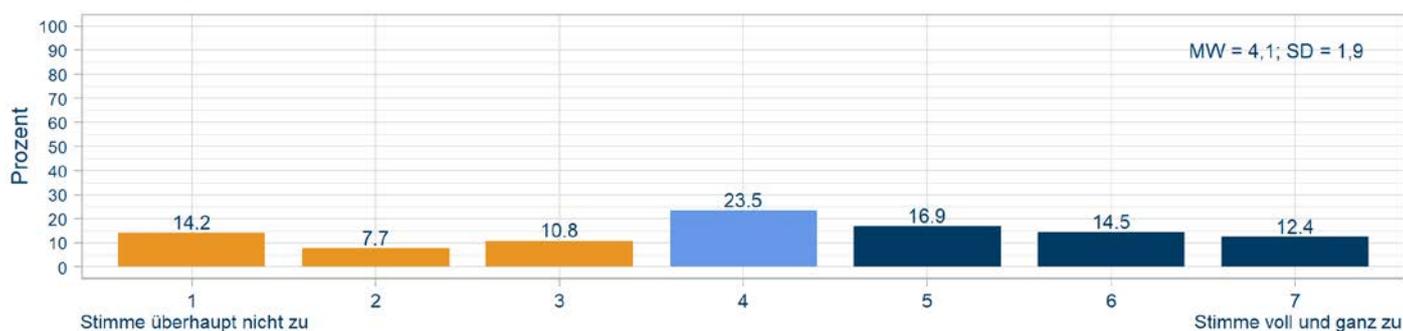
Daran schließt die Frage an, was mögliche Beweggründe für die Unterstützung von Maßnahmen für Entwicklungsländer sind. Obwohl ein Großteil die globale Dimension der Krise sieht und globale Solidarität als nötig erachtet, um der aktuellen Situation zu begegnen, stimmen nur rund 45% der Aussage *Deutschland ist moralisch dazu*

verpflichtet, stärker betroffenen Ländern zu helfen zu (Mittelwert 4,2). 32% tun dies nicht, 23% wählen die Skalenmitte. Eigeninteressen stellen die Befragten jedoch ebenfalls nicht eindeutig in den Vordergrund. Der Aussage, *Deutschland sollte mit anderen Ländern nur zusam-*

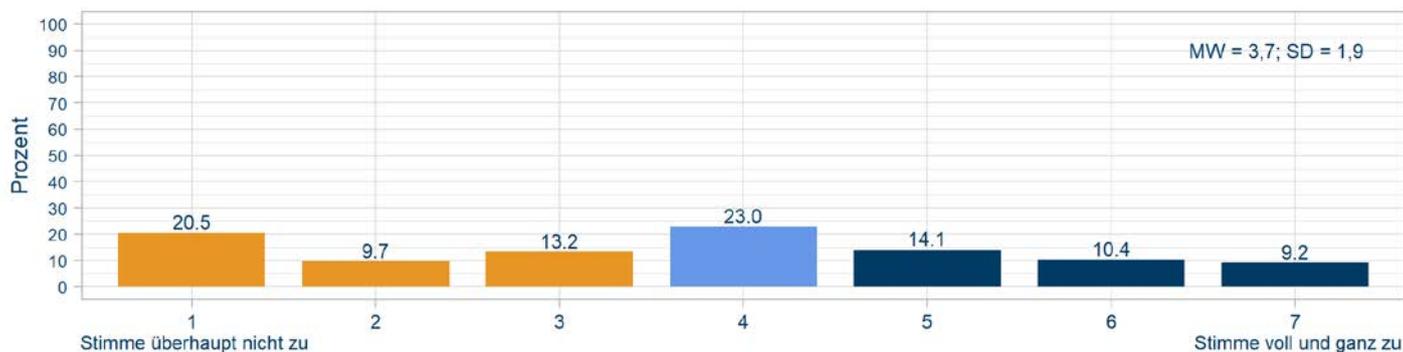
menarbeiten, wenn es den deutschen Interessen unmittelbar nützt (z.B. zum Schutz der EU-Außengrenzen), stimmen rund 36% der Befragten zu, 43% stimmen der Aussage hingegen nicht zu (Mittelwert 3,8). 23% verorten ihre Meinung auf der Skalenmitte.

Abbildung 2 Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie in Entwicklungsländern

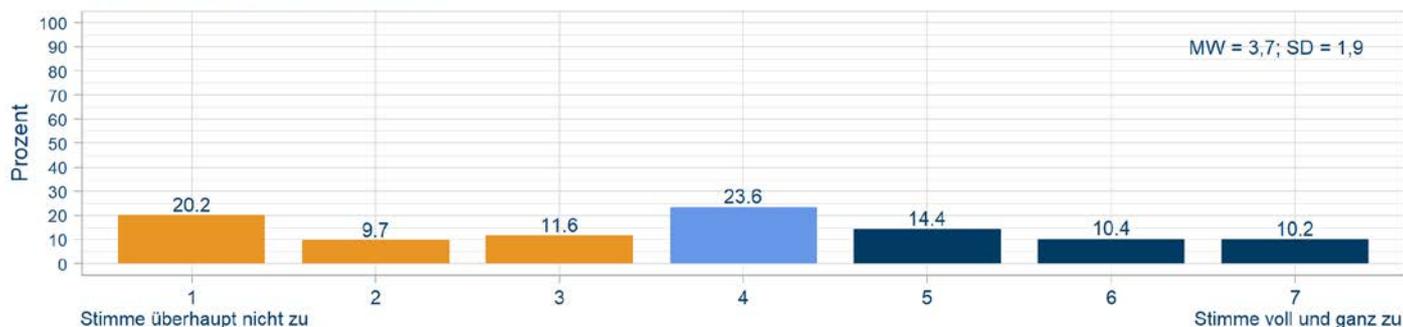
1) Deutschland sollte Entwicklungsländer verstärkt mit Geld und Know-How unterstützen, um die Corona-Situation und ihre Folgen zu bewältigen.



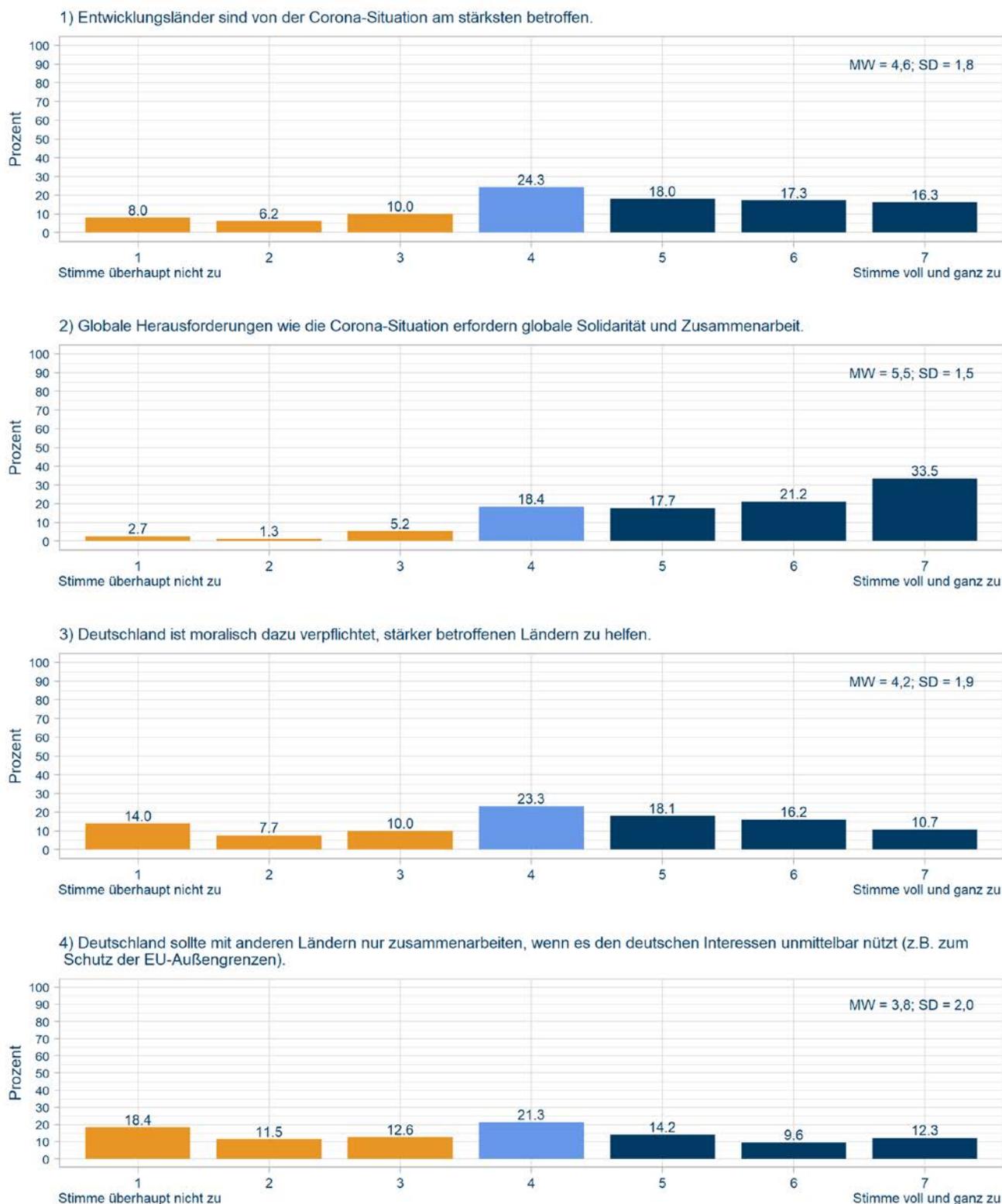
2) Deutschland sollte den ärmsten Ländern aufgrund der Corona-Situation die Rückzahlung von Schulden erlassen.



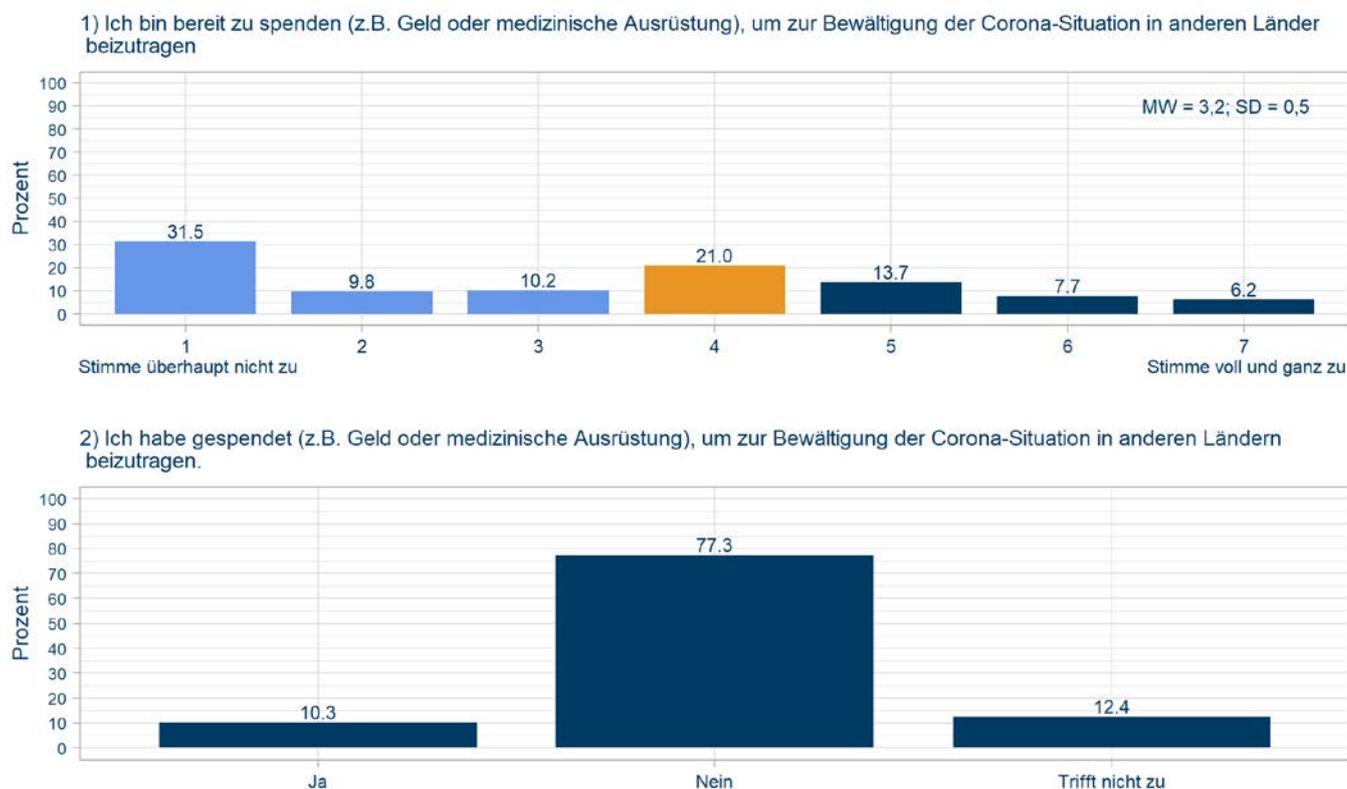
3) Deutschland sollte in der Corona-Situation mehr dafür tun, die Lebenssituation der syrischen Flüchtlinge innerhalb Syriens und seiner Nachbarländer zu stabilisieren.



Anmerkung: Datenbasis COSMO-Erhebung, Welle 8, 21.-22.4.2020; N = 1.014; eigene Darstellung.

Abbildung 3 Beweggründe für die Unterstützung globaler Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Epidemie

Anmerkung: Datenbasis COSMO-Erhebung, Welle 8, 21.-22.4.2020; N = 1.014; eigene Darstellung.

Abbildung 4 Spenden als Beitrag zur Bewältigung der Corona-Pandemie

Anmerkung: Datenbasis COSMO-Erhebung, Welle 8, 21.-22.4.2020; N = 1.014; eigene Darstellung.

Spendenbereitschaft zur Bekämpfung der Pandemie

Angesichts der sich zunehmend verschärfenden Lage in Entwicklungsländern soll abschließend geprüft werden, inwieweit auch die Bevölkerung selbst bereit ist, diese Länder durch Spenden zu unterstützen. 10% der Befragten geben an, bereits gespendet zu haben (Diagramm 2 in Abbildung 4). Die grundsätzliche Spendenbereitschaft liegt jedoch höher: 28% stimmen der Aussage *Ich bin bereit zu spenden (z.B. Geld oder medizinische Ausrüstung, um zur Bewältigung der Corona-Situation in anderen Ländern beizutragen* zu (Mittelwert 3,2). Etwas über die Hälfte der Befragten stimmt dieser Aussage hingegen nicht zu, 21% sind unentschlossen und wählen die Skalenmitte.

Ausblick

Da die Covid19-Situation raschen Veränderungen unterliegt und eine Ausbreitung des Corona-Virus besonders auf Entwicklungsländer als wahrscheinlich gilt, werden die Fragen in künftigen Erhebungswellen der COSMO-Studie erneut abgefragt. Das Team des DEval-Meinungsmontitor wird daher in regelmäßigen Abständen Informationen bereitstellen, wie sich die öffentliche Meinung zur europäischen und globalen politischen Dimension der Corona-Pandemie entwickelt.

Literatur

Auswärtiges Amt (2020), „Außenminister Maas zur COVID-19-bedingten humanitären Hilfe des Auswärtigen Amtes“, Pressemitteilung Auswärtiges Amt (AA), 27. April 2020, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-huhi-covid19/2337330>, zugegriffen 28.04.2020.

BMZ (2020), „Entwicklungsministerium legt "Corona-Sofortprogramm" vor“, Pressemitteilung Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), 23. April 2020, <http://www.bmz.de/20200423-1>, zugegriffen 24.4.2020.

COSMO (2020), „COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO)“, Universität Erfurt, <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/cosmo-analysis.html>

ILO (2020), „COVID-19 and the world of work. Second edition, updated estimates and analysis“, ILO Monitor, International Labor Organization (ILO), 7. April 2020, https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/briefingnote/wcms_740877.pdf, zugegriffen 24.4.2020.

Weltbank (2020), „World Bank/IMF Spring Meetings 2020: Development Committee Communiqué“, Weltbank Development Committee Communiqué, 17. April 2020, <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2020/04/17/world-bankimf-spring-meetings-2020-development-committee-communicue>, zugegriffen 24.4.2020.

WHO (2020), „UN agencies issue urgent call to fund the global emergency supply system to fight COVID-19“, joint statement, World Health Organization (WHO), 20. April 2020, <https://www.who.int/news-room/detail/20-04-2020-un-agencies-issue-urgent-call-to-fund-the-global-emergency-supply-system-to-fight-covid-19>, zugegriffen 24.4.2020.

Autoren

Dr. Martin Bruder, Abteilungsleiter

Jens Eger, Evaluator

Prof. Dr. Jörg Faust, Direktor des DEval

Dr. Sebastian H. Schneider, Teamleiter

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) ist vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mandatiert, Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unabhängig und nachvollziehbar zu analysieren und zu bewerten. Mit seinen Evaluierungen trägt das Institut dazu bei, die Entscheidungsgrundlage für eine wirksame Gestaltung des Politikfeldes zu verbessern und die Transparenz zu den Ergebnissen zu erhöhen.